

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8-86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB
erläutert die jüngsten Verän-
derungen in der Sowjet-
union: Von den Bedingungen
des Friedens.

Seite 1

Harald B. Schäfer MdB ver-
langt Konsequenzen aus der
zunehmenden Raserei auf
bundesdeutschen Straßen:
Am Tempolimit führt kein
Weg vorbei.

Seite 5

42. Jahrgang / 113

19. Juni 1987

Von den Bedingungen des Friedens

Zum deutsch-sowjetischen Verhältnis

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaften Bundesrepublik Deutsch-
land/Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken e.V.

Frieden läßt sich nicht erzwingen.

Frieden kann man nur stiften - er ist ein Geschenk, das freiwillig
und gegenseitig gemacht werden muß.

Wer ihn stiften will, braucht nicht nur seine eigene Friedfertigkeit,
er muß auch die des anderen herbeiführen (oder bewahren) helfen.

Frieden ist etwas fürs Leben - trotz einer Menschheits-Geschichte,
die ihn meist erst den Toten auf den Friedhöfen bescherte.

Unter Lebenden gibt es entgegengesetzte Interessen. Interessen-
streit läßt sich friedlich nur durch Ausgleich regeln. Ausgleich ver-
langt die Fähigkeit auf die Interessen des anderen einzugehen, wenn
es schon keinen gemeinsamen Vorteil im Interessenstreit gibt, dann
doch auch keinen einseitigen Nachteil.

Bei gegensätzlichen Interessen läßt sich Ausgleich nur schaffen, wenn
man sich selbst aus den Augen des Interessengegners betrachten
will und kann. Und wenn man spürt, daß der andere sich selber
auch mit dem fremden Kopf verstehen will.

Frieden erfordert folglich Wissen, Kenntnisse über und von den
möglichen Feinden übereinander. Wer sich mit Geheimnissen um-
gibt, macht den friedlichen Umgang anderer mit ihm selber schwer.

Anders als in früheren Zeiten ist Frieden die Voraussetzung von
Leben (von Leben überhaupt). Mit dem technischen Fortschritt
wurde dieser Zustand herbeigeführt. Auf der Nordhälfte der Erde
sind kaum noch Situationen vorstellbar, in denen der Versuch der
Ermordung eines Nachbarvolkes nicht zum Selbstmord führen
würde.

Damit ist Friedfertigkeit zu einer Notwendigkeit geworden - sie
ist keine reine Tugend mehr - sie ist aus Egoismus geboten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Produziert und gedruckt
auf wertvollem Recycling-
Kunststoff-Papier



Wem die eigenen Gefühle gegenüber anderen nicht den Willen zum Ausgleich und die Haltung der Friedfertigkeit gestatten, der sollte aus der Politik ausscheiden - oder: sich gründlich ändern.

Friedfertigkeit ist im übrigen kein Geschenk des Himmels - sondern der Arbeit an sich selber und Einwirkung auf andere, auf deren Friedfertigkeit man um des eigenen Überlebens willen angewiesen ist.

Was auch immer in der Geschichte war, zu welchem Mißtrauen sie auch immer Anlaß gibt - wir müssen einander helfen, friedfertig zu werden und zu bleiben, so schwer es auch fällt.

Eigene Friedfertigkeit ist also nicht Vorleistung mit ungewisser Belohnung und möglichem Nachteil, sondern Voraussetzung des Entstehens und Bewahrens gegenseitiger Friedfertigkeit. Für wie böse man andere auch hält, an der eigenen Friedfertigkeit sollte man ihre Zweifel ausräumen helfen. Auch dazu muß man den anderen verstehen und sich aus seinen Augen sehen können, damit man sein falsches Bild überzeugend korrigieren kann.

Friedfertigkeit ist allerdings nicht Unterwerfung unter entgegengesetzten Interessen. Das Fehlen des Ausgleichs der Interessen würde auch zum Fehlen des Friedens führen.

Das gilt ohne Einschränkung zwischen den Völkern der Sowjetunion und Deutschlands, deren Geschichte die Erfahrung von gegenseitiger Friedfertigkeit bisher nicht zuließ.

Die Einsicht in die Notwendigkeit gegenseitiger Friedfertigkeit führt zur Befreiung vom Wiederholungszwang der Geschichte kriegerischer Auseinandersetzung.

Schimmernde Wehr und Säbelrasseln beruhigen keine Zweifel an eigener Kraft mehr, sondern sind Kraftmeierei, die an der eigenen Fähigkeit zur Friedensstiftung zweifeln lassen. Sie wecken nicht nur Angst beim anderen, sondern auch Furcht vor sich selbst.

So umstritten die Bezeichnung Sicherheitspartnerschaft ist:

Sicherheit ist nicht mehr durch eigenes einseitiges Mühen und Rüsten zu gewinnen, sondern nur durch Partnerschaft im Abrüsten. Wer nicht zugleich die Sicherheit des Gegners will, wird die eigene nicht bewirken. Zu solcher Partnerschaft muß man locken, da man nicht zwingen kann.

Politik lebt in der Gefühlswelt der Völker - so rational sie sich auch gebärden mag. Es reicht daher nicht, daß Politiker ihre Friedfertigkeit beteuern - selbst, wenn sie es alle täten. Die Garantie der Friedfertigkeit liegt in der Überzeugung, die Völker einander vermitteln, daß sie es gegenseitig gut miteinander meinen.

Dabei gibt es keine Stunde Null. Es gibt auch keine Veränderungen, die sich schnell herbeiführen lassen, wie die gleichzeitige Verhaltensänderung aller bei den jährlichen Wechseln von Sommer- und Winterzeit - schlagartig zu festgesetzter Stunde und in gedanklicher Minisekunde.

Im Gegenteil - wer die schlagartige Änderung des anderen fürs eigene Ändern voraussetzt, der bewirkt bestenfalls nichts und schlimmerenfalls das Entgegengesetzte von gegenseitig erwiesener Friedfertigkeit.

Die Kulturrevolution, die wir brauchen (Abschied von einer von Kriegen nicht nur begleiteten Menschheitskultur) erfolgt in kleinen und langsamen Schritten. Geduld und Sich-Bescheiden mit Teilerfolgen ist nötig.



Ein Beispiel: Die Städte Sumgait und Ludwigshafen haben über Jahre hinweg Beziehungen gepflegt - wenn nicht im Auftrag ihrer Länder und Völker - so doch in deren Interesse. Sie haben - in ihrem bescheidenen Umfang - kleine Beispiele der Verständigungsfähigkeit gegeben. Dabei liegt Sumgait in Aserbeidschan zwar näher (geographisch gesehen) als etwa die USA - aber doch in einer fremderen Weltgegend. Das Fremde macht sich zugleich interessanter - aber auch schwer verstehbar - aber es ist wichtig, daß wir hier lernen, daß die Sowjetunion nicht nur aus Rußland und Moskau, sondern unter vielen anderen auch aus Aserbeidschan und Sumgait besteht.

Die deutsche Orientierung nur auf Moskau und Rußland hier verfälscht unser Bild von der Sowjetunion - sie ist pluralistischer und gemischter, vielfältiger als wir es meist meinen, wenn wir in den Nachrichten den Ursprungsort Moskau angesagt hören.

Die Bürger Sumgaits und Ludwigshafens sind Stellvertreter im Kennenlernen und in der Hilfsbereitschaft jeweils dem anderen den Blick ins eigene Innere möglich zu machen. Sie sind nicht die einzigen Stellvertreter. Mittlerweile haben zwei Dutzend sowjetische und westdeutsche Städte Beziehungen miteinander angeknüpft. Solche Stellvertretung brauchen wir, denn noch ist unvorstellbar, daß jeder der 60 Millionen Bundesbürger mit 260 Millionen Sowjetbürger persönlichen Umgang hat, mit jeweils vier der mehr als 260 Millionen Sowjetbürger.

Noch beziehen sich die Stellvertretungen auf das Kennenlernen - noch sind städtepartnerschaftliche Reisegruppen Kundschafter - und noch nicht beauftragte Botschafter auch derer, die nicht reisen.

Wer in die Sowjetunion reist und wer sich mit ihr einläßt, erfährt auch immer ein Stück deutscher Geschichte.

Die schmerzlichen und grausigen Gemeinsamkeiten sind groß - aber sie verbauen nicht mehr die Wege zueinander (Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung). Manche der gegenwärtigen Änderungen in der Sowjetunion machen es ihr und uns leichter, einander zu verstehen.

Die jetzige sowjetische Führung wünscht eine radikale Änderung der kulturellen und geistigen Atmosphäre. Abweichende Meinungen und Kritik an der Obrigkeit dürfen folglich nicht mehr zum Vorwurf des Dissidententums führen.

Rechtssicherheit, kluger und maßvoller Gebrauch - eine ganze Gesellschaft hat die öffentliche Kritik der Führungsorgane als statthaft und gewünscht noch nie erlebt.

Öffentliche und kritische Diskussion als Lernhilfe bei der Selbstorientierung ist eine Fähigkeit, zu deren Erlernen westliche Gesellschaften lange Jahrzehnte gebraucht haben und wie wir aus deutscher Geschichte wissen - von schlimmen Rückfällen in die Gleichschaltung der Meinungen nicht frei bleiben.



Viele Änderungen, die die jetzige sowjetische Führung gern sehen würde, lassen sich nicht auf Befehl von oben herbeiführen. Der ganze Mittelbau eines Machtsystems muß umdenken lernen - und jene erwecken Irrtümer, die glauben, ein Knopfdruck oder eine Unterschrift in Moskau genüge, um ein Behördenverhalten zu bewirken, das nicht aus Weisungen, sondern auf Eigeninitiative und deren Unterstützung sich begründet.

Mancher hier stellt Prüffragen an die Veränderungen in der Sowjetunion, die mehr an seiner Wahrnehmungs- und Einsichtsfähigkeit als an der Wandelbarkeit des sowjetischen Systems zweifeln lassen. Wer erwartet, daß dort deren Marxismus-Leninismus abgeschworen wird - so übrigens wie er hier ihn versteht - der sollte sich fragen, ob etwa Inquisition und Hexenverbrennung im Mittelalter erst endeten, nachdem der Abfall vom Christentum vollzogen wurde. Unter gleichbleibenden Bezeichnungen haben viele Überzeugungen ihre inhaltliche Wandlung erfahren, das gilt für Religionen wie für philosophische Theorien.

Zu den interessanten Neuerungen in der Sowjetunion gehört der Umgang mit der eigenen Geschichte. Es beginnt dort etwas, was wir selbst unter dem Stichwort „Bewältigung der Vergangenheit“ behandelt haben: Also die Beschäftigung mit eigener böser Herrschaft im eigenen Land. Der Film „Reue“ (des georgischen Regisseurs Abuladse) ist ein Zeugnis für solches Aufarbeiten von Vergangenheit. Er wurde gedreht in einer Zeit, als der heutige Außenminister der Sowjetunion, Schwardnadse, Parteisekretär in Georgien war. Ich will hier keine Einzelheiten schildern - aber dieser Film entspricht überhaupt nicht dem, was wir hier allemal als Parteilinie der KPdSU gesehen und verstanden haben. Wo er gezeigt wird, sind die Kinos überfüllt - und er geht jetzt durch die sowjetische Provinz - vielleicht ist er der Film, dessen Kritiken die meistgelesenen in der Sowjetunion von heute waren.

Ähnliches gilt für die Literatur. Ein Land, in dem Pasternaks Werke erscheinen nach Jahrzehnten der Unterdrückung, macht eine weitreichende Wandlung durch.

Wir haben allen Grund bei unserer deutschen Vergangenheit, und unserer doch wohl auch manchmal beschämenden Art ihrer Bewältigung behutsam zu sein, wenn ein anderes Land darangeht, seine eigene andere Geschichte neu zu betrachten und auf Verschweigen und Beschönigen zu verzichten.

(-/19.6.1987/va-he/rs)

* * *



Am Tempolimit führt kein Weg vorbei

Der Raserei auf unseren Straßen muß Einhalt geboten werden

Von Harald B. Schäfer MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Umweltausschuß

Der Geschwindigkeitsrausch auf unseren Straßen fordert seine Opfer: Die Waldschäden nehmen zu; auf unseren Straßen sterben wieder mehr Menschen. Wir müssen endlich zur Vernunft im Straßenverkehr kommen; wir brauchen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundesautobahnen, so wie die SPD in Nürnberg beschlossen hat:

„Die Luftverschmutzung durch den Straßenverkehr muß entscheidend verringert werden. Ein Tempolimit von 100 km/h auf Bundesautobahnen und 80 km/h auf Landstraßen ist ein erster schnell wirkender Schritt.“

Dieser Beschluß ist weiter richtig und gültig.

Die EG-Kommission hat inzwischen ein EG-einheitliches Tempolimit von 120 km/h vorgeschlagen. Meines Erachtens ist ein solches Tempolimit einer Situation ohne jede Geschwindigkeitsbegrenzung in der Bundesrepublik noch vorzuziehen. Wir werden uns nicht dagegen sperren, auch wenn unser eigentliches Ziel weitergeht.

Alle Gründe sprechen für Geschwindigkeitsbegrenzungen:

1. Der Umweltschutz

Der Wald stirbt weiter. Inzwischen sind 54 Prozent der Waldfläche geschädigt. Wir wissen, daß die Stickoxide, die zu rund 57 Prozent aus dem Verkehrsbereich stammen, Hauptverursacher des Waldsterbens sind. Wir wissen auch: Der Stickoxidausstoß steigt mit zunehmender Geschwindigkeit überproportional an.

Die Bundesregierung hat uns einreden wollen, mit ihrem Konzept zur Einführung des schadstoffarmen PKW würde sich das Tempolimit erübrigen. Das war falsch. Gerade 530.000 PKW, das sind knapp zwei Prozent des Gesamtbestandes, sind heute mit einem geregelten Dreiwegkatalysator ausgestattet und lassen sich als wirklich „sauber“ bezeichnen. Die Schadstoffbilanz heute zeigt: die Stickoxidemissionen aus den Kraftfahrzeugen sind heute sogar noch höher als zu Beginn der Tempolimitdebatte im Herbst 1984. Ein Grund dafür: Es wird wieder mehr gerast!

2. Verkehrssicherheit

Wer in letzter Zeit über längere Strecken auf Autobahnen oder Landstraßen gefahren ist, weiß: Es herrscht Krieg im Straßenverkehr. Nicht nur, daß die Rasereien zunehmen; die Raser meinen oft auch, einen Rechtsanspruch auf „freie Fahrt“ gegenüber schwächeren Verkehrsteilnehmern rücksichtslos durchsetzen zu müssen.

Das Ergebnis: Die Zahl der Verkehrstoten in der Bundesrepublik ist 1986 um 6,5 Prozent auf insgesamt knapp 9.000 gestiegen. Über 440.000 Menschen - fünf Prozent mehr als 1985 - wurden 1986 im Straßenverkehr verletzt. Allein auf den Bundesautobahnen starben 763 Menschen - 14 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der Zusammenhang von hohen Geschwindigkeiten und Verkehrssicherheit ist eindeutig.

- a) Parallel zum sogenannten Großversuch hat die Bundesanstalt für Straßenwesen eine Untersuchung durchgeführt zum Unfallgeschehen bei Tempo 100 km/h auf Bundesautobahnen. Ergebnis: Die Zahl der Unfälle auf den Untersuchungsstrecken mit Tempo 100 nahm um 23,2 Prozent ab.

Noch spektakulärer sind die unfallmindernden Auswirkungen von Tempo 100 auf allen Strecken mit sogenannten „örtlichen Besonderheiten“ wie Anschlußstellen, Baustellen, BAB-Knoten und -nebenanlagen. Während in geschwindigkeits-unbeschränkten Strecken diese „örtliche Besonderheiten“ zu Unfallschwerpunkten zählen, auf denen die Zahl der Unfälle um 30 Prozent zunahm, gingen die Unfälle auf Strecken mit Tempo 100 auf diesen „besonderen Strecken“ um 30 Prozent zurück!

- b) Bei dem Großversuch in Hessen auf drei Teilstrecken mit einem Tempolimit von 100 beziehungsweise 120 km/h sank die mittlere Geschwindigkeit um durchschnittlich 15 Kilometer pro Stunde. Die Unfälle gingen zwischen zehn und 22 Prozent zurück. Entsprechend sank die Zahl der Leichtverletzten auf Bundesautobahnen um 27 bis 47 Prozent; die Zahl der Unfälle mit Toten und Schwerverletzten um bis zu 58 Prozent!

3. Energiesparen

Das Umweltbundesamt hat errechnet: Mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 km/h auf Bundesautobahnen und 80 km/h auf Landstraßen könnten jährlich rund 1,8 Millionen Tonnen Treibstoff eingespart werden. Im Gegensatz dazu ist der Benzinverbrauch sogar wieder ansteigend: 1986 nahm er um 4,2 Prozent zu, der Dieselverbrauch sogar um 5,8 Prozent. Selbst die Vereinigung der TÜV's hatte in der Auswertung des Abgasgroßverbrauchs 1985 die Energieeinsparmöglichkeiten durch Tempo 100 km/h auf immerhin neun Prozent allein auf Bundesautobahnen eingeschätzt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ihrer Verantwortung für Umwelt und Gesundheit nachzukommen und die unverantwortlichen Rasereien durch Tempobegrenzung zu unterbinden. Die Bundesregierung soll Schaden von unserem Volk abwenden; was sie tut, ist billige Effekthascherei und die Anbiederung an vermeintliche Volkstimmung. (-/19.6.1987/vo-he/st)

* * *

